

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Dr. Christoph Rabenstein

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Markus Ganserer

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Antrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Berthold Rüth, Robert Brannekämper u. a. und Fraktion (CSU),**

**Markus Rinderspacher, Dr. Christoph Rabenstein, Annette Karl u. a. und**

**Fraktion (SPD),**

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion (FREIE**

**WÄHLER),**

**Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion**

**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Einsetzung einer Enquete-Kommission im Bayerischen Landtag "Gleichwertige**

**Lebensverhältnisse in ganz Bayern" ([Drs. 17/2372](#))**

und

**Festlegung**

**der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz der Enquete-Kommission**

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurden hierzu fünf Minuten pro Fraktion vereinbart. Als Erster hat Herr Kollege Zellmeier das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Josef Zellmeier (CSU):** Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Im September 2013 hat sich die bayerische Bevölkerung mit gut 90 % dafür ausgesprochen, die Förderung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsverhältnisse in der Verfassung festzuschreiben.

Diesem Auftrag wollen wir natürlich Rechnung tragen. Deshalb freue ich mich, dass der Bayerische Landtag heute die Enquete-Kommission gemeinsam – einstimmig, so hoffe ich – einsetzen wird; denn die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist Aufgabe nicht nur einer Fraktion, sondern des gesamten Landtages. Daran wollen wir gemeinsam arbeiten, damit die Menschen in allen Regionen gleiche Teilhabe, bestmögliche Chancen und die Gelegenheit zur Entfaltung ihrer Talente haben. Dabei ist natürlich der demografische Wandel eine ganz besondere Herausforderung, die sich

in einigen Teilen Bayerns in anderer Weise stellt, als dies zum Beispiel in Ballungszentren der Fall ist. Genau darin wird ein Schwerpunkt der Enquete-Kommission liegen.

Wir müssen damit rechnen, dass wir gerade in den Grenzregionen, in denen Tendenzen zu besonderem Bevölkerungsverlust vorhanden sind, besondere Aufgaben haben. Natürlich ist dies keine leichte Aufgabe. Es gibt keine Patentlösungen. Deshalb war es uns wichtig, dass wir vonseiten der CSU-Fraktion – aber ich denke, das ist bei allen Fraktionen gleich – alle Landesteile einbinden wollten, möglichst über alle sieben Regierungsbezirke gestreut, sodass der großstädtische Bereich wie die kleine Landkommune vertreten sind. Es heißt ja auch: "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land". Deshalb sage ich besonders allen Kolleginnen und Kollegen Danke, die sich zur Verfügung stellen und viel Arbeit und Zeit opfern werden. In besonderer Weise danke ich dem Kollegen Berthold Rüth aus unserer Fraktion, der den Vorsitz übernehmen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir auch, dass die Behandlung der Themen in möglichst großer Übereinstimmung erfolgt, dass der Fragenkatalog möglichst gemeinsam abgearbeitet wird und wir danach einen Bericht erstellen, der in vielen Bereichen Gemeinsamkeiten aufweist. Ich war selbst Vorsitzender der Jugend-Enquete, und auch dort haben wir es geschafft, einen Bericht zu verfassen, der trotz einigen abweichenden Voten doch eine Linie für das gesamte Haus vorgegeben hat.

In diesem Sinne noch einmal Dank an alle, die bereit sind, mitzuwirken. Ich hoffe, dass es uns gelingt, das, was wir bereits in Bayern vorbildlich gemacht haben, nämlich im ländlichen Raum Schwerpunkte zu setzen - ich denke dabei an den Finanzausgleich, bei dem wir schon Verbesserungen für die kleineren Gemeinden geschaffen haben, oder an die Behördenverlagerungen sowie den geringen Abstand bei der Arbeitslosigkeit in Stadt und Land –, diesen guten Weg, den wir beschritten haben, durch neue Impulse weiter beleben und bereichern zu können.

Bayern ist Maßstab für andere Länder, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse geht. Aber mir ist auch bewusst, dass es immer wieder um neue Ideen gehen muss und Handlungsbedarf besteht; denn aufgrund der Demografie ändert sich einiges, und wir können nicht früh genug beginnen, gegenzusteuern und für die Zukunft zu sorgen, damit wir diesen guten Weg, den wir eingeschlagen haben, auch künftig fortsetzen.

Ich bin gespannt, was uns die Enquete-Kommission an neuen Ideen bringt und welche Gedanken die Experten haben.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Ich erteile nun dem Kollegen Dr. Rabenstein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Dr. Christoph Rabenstein (SPD):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mit dem Titel einer Publikation der Hanns-Seidel-Stiftung beginnen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Sie nennt sich "Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern" Der ehemalige Landtagspräsident Alois Glück ist Mitautor, und ich denke, dieser Spruch könnte auch als Überschrift für diese Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse" stehen; denn das ist unser großes Ziel. Wie bereits der Kollege Zellmeier sagte, sitzen wir alle in einem Boot, und das ist auch gut so. Wir haben als SPD das Ganze initiiert. Der Fragenkatalog wurde aber gemeinsam erarbeitet; denn es geht hier nicht um parteipolitische Scharmützel, sondern es geht um ganz Bayern, um die Bevölkerung, und dabei müssen wir zusammenhalten, auch hier im Parlament. Ich hoffe, dass sich dies so, wie wir es auf den Weg gebracht haben, in der Enquete-Kommission fortsetzt.

Es gibt in Bayern viele Punkte, bei denen wir gut dastehen. Das sind zum Beispiel die Arbeitslosenzahlen. Zu Oberfranken hatten wir 2003 noch 10 % Arbeitslosigkeit. Jetzt sind wir bei unter 5 %. Das begrüßen wir. Wir stehen damit auch in den sogenannten

Problemregionen – Oberfranken, Mittel- und Unterfranken – besser da als viele andere Bundesländer. Dies wurde bereits angesprochen.

Bei anderen Parametern sieht es allerdings nicht so gut aus, zum Beispiel bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach wie vor haben wir in den Ballungsräumen im Süden, vor allem in München, starken Zuwachs. In den anderen Regionen – Oberfranken, Mittelfranken, also insgesamt in den fränkischen Regionen sowie vor allem in den Grenzregionen – haben wir nicht nur den allgemeinen demografischen Wandel, dass also weniger Menschen geboren werden und mehr Leute sterben, sondern wir haben auch Abwanderung. Das ist höchst gefährlich; denn natürlich wandern vor allem jüngere Menschen ab, die uns dann als Fachkräfte in diesen Regionen fehlen. Deshalb müssen wir schauen, dass wir diese sogenannten demografischen Problemregionen gerade für Jugendliche interessant machen. Sie sollen sagen: Ich habe auch hier meine Chancen, ich kann hier, in der Region, bleiben und muss nicht, aus welchen Gründen auch immer, in die Metropolregionen, in die Ballungsregionen ziehen.

Probleme haben wir bei der Infrastruktur, und hier vor allem mit einem schnellen Internet. Normalerweise müsste dieses bereits in ganz Bayern vorhanden sein; denn in seiner Regierungserklärung kündigte unser Ministerpräsident Seehofer 2008 an: In der nächsten Periode haben wir das schnelle Internet. Herr Staatsminister Huber sagte damals, dies gehe mehr oder weniger von allein, dies würde der Markt machen. – Beides ist nicht eingetreten. Wir haben hier noch Regionen mit sehr langsamen Internetverbindungen, und das ist natürlich für Privatpersonen schon sehr lästig. Schüler und Abiturienten brauchen ebenfalls ein schnelles Netz. Schlechter und noch gravierender ist das Fehlen einer schnellen Verbindung dann natürlich für die Wirtschaft und die Betriebe, die einfach auf ein schnelles Internet angewiesen sind.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt ansprechen, nämlich die kommunale Verschuldung. Während wir bei der Demografie in den Regionen ein Abwärts haben, geht es in denselben Regionen bei der Verschuldung nach oben. Viele Kommunen haben keinen genehmigungsfähigen Haushalt mehr. Zum Beispiel ist die Stadt Wunsiedel

jetzt auch durch die Medien gegangen. Sie hatte vor zehn Jahren noch eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.500 Euro; jetzt ist sie bei 5.000 Euro angelangt und kann nicht einmal mehr ihre Pflichtaufgaben erledigen.

Ich erwarte von der Enquete-Kommission, dass wir nicht nur in die Analyse gehen und das, was schon bekannt ist, vertiefen. Das wäre zu wenig. Ich erwarte vielmehr, dass wir hier wirklich Empfehlungen und Handlungsanweisungen an die Staatsregierung, an den Landtag und natürlich auch an die Außenstelle des Ministeriums in Nürnberg, an Herrn Füracker, geben und dass wir, wenn Sie vernünftige Politik machen, auch von München den Druck aufbauen und Sie stärken. Ich freue mich, dass es jetzt auch im Parlament mit dem heutigen Antrag losgeht.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Jetzt hat der Kollege Muthmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER):** (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Anmerkungen zu dem, was gerade gesagt worden ist ergänzen. Gerne schließe ich mich dem Dank an all diejenigen an, die die notwendigen Vorarbeiten schon geleistet haben bei der Erarbeitung der Fragestellungen oder auch der Bereitschaft zur Koordination, um die Dinge zwischen den Fraktionen zusammenzuführen.

Diese Enquete-Kommission, die wir heute, wie ich hoffen will, einstimmig auf den Weg bringen, ist sicherlich auch als eine Ergänzung, um nicht zu sagen, als eine Antwort auf das im Sommer letzten Jahres noch beschlossene Landesentwicklungsprogramm zu sehen und zu verstehen. Dieses Landesentwicklungsprogramm hat sicherlich viele Erwartungen nicht erfüllt; womöglich sollte es sie auch gar nicht erfüllen. Jedenfalls hätte es auch Antworten auf die Frage geben müssen, mit der sich jetzt die Enquete-Kommission befasst, wie wir in der Entwicklung Bayerns für gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen sorgen können. Dass das Landesentwicklungsprogramm

dies nicht getan hat, macht jetzt die Einrichtung der Enquete-Kommission, wie ich glaube, umso wichtiger.

Insbesondere wünsche ich dieser Enquete-Kommission, dass wir uns nicht in einem wissenschaftlichen Diskurs ergehen und dann ein Gutachten mit 800 Seiten herauskommt, woran dann mehr Leute gearbeitet haben, als es hinterher lesen werden, sondern dass wir uns mit den wesentlichen Fragen kurz und bündig und knackig befassen werden und letztlich nicht alle Verästelungen werden erschließen wollen, sondern dass sich diese Enquete-Kommission auf die Essentials verständigt, was für die Entwicklung Bayerns wichtig ist, was in der Entwicklung Bayerns durch die Staatsregierung und durch den Landtag angestoßen und eingeleitet und umgesetzt werden kann.

Ich wünsche mir auch, dass wir uns zunächst einmal auf eine Antwort darauf verständigen können, was wir denn überhaupt unter gleichwertigen Lebensbedingungen in Bayern verstehen; denn solange man dieses Ziel nicht wirklich kennt und sich da nicht auch inhaltlich verständigt hat, wird es schwierig werden, den Weg dorthin zu definieren.

Ich wünsche uns auch, dass es uns gelingt, ein paar messbare Indikatoren zu vereinbaren, die besonders wichtig sind. Wie weit darf ein Krankenhaus, eine Grundschule, ein Gymnasium, die Polizeidienststelle weg sein? All diese Fragen und auch infrastrukturelle Einrichtungen, die da als Mindeststandard notwendig sind, sind uns besonders wichtige Aspekte.

Zuletzt will ich auch hoffen, dass wir uns darauf verständigen können, welche Maßnahmen der Landtag selbst ergreifen kann oder ergreifen muss, um dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen näherzukommen, und dass wir uns auch darauf verständigen können, um welche Maßnahmen wir die Staatsregierung bitten. Es ist, glaube ich, an irgendeiner Stelle jetzt schon von Anweisungen gesprochen worden. Das wird in dieser Form nicht möglich sein. Aber wenn wir uns fraktionsübergreifend einigen können und der Staatsregierung Handlungsempfehlungen mit auf den Weg geben, ist,

glaube ich, die Aussicht ganz gut, dass wir uns da mit der Staatsregierung verständigen können.

Wenn wir all diese Aspekte beherzigen, ist mir auch nicht bange, ob wir uns möglichst im Konsens und da und dort sicherlich auch einmal kontrovers dem Ziel gleichwertiger Lebensbedingungen in Bayern annähern können. An unserer Unterstützung und unserem Engagement in dieser Frage wird es nicht fehlen. Es ist auch ein Grund- und Leib-und-Magen-Thema der FREIEN WÄHLER. Deswegen sage ich auch ganz herzlichen Dank für die Bereitschaft der anderen Fraktionen, diese für die Gesamtentwicklung Bayerns so wichtige Frage in dieser Kommission zu behandeln. Natürlich werden wir nicht nur inhaltlich dem Fragenkatalog, sondern auch dem Personaltableau wie vorgelegt zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. – Der Herr Kollege Ganserer hat jetzt noch das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Markus Ganserer (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Trotz des kommunalen Finanzausgleichs und trotz der Regionalförderung und trotz des Aktionsplans Demografischer Wandel entwickeln sich die Regionen in Bayern nicht nur unterschiedlich, sondern in Teilen sogar in entgegengesetzter Richtung. Daran wird auch die Verfassungsänderung allein nichts ändern.

Nachdem sich die Wählerinnen und Wähler aber im vergangenen September mit überwältigender Mehrheit für die Aufnahme des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse in die Verfassung ausgesprochen haben, gilt es nun auch, diesen Grundsatz umzusetzen. Hier gibt es jede Menge zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nicht erst seit der jüngsten Bevölkerungsentwicklungsprognose ist bekannt, dass Oberbayern und insbesondere der Ballungsraum München massives Bevölkerungs-



wachstum verkraften muss, was zu entsprechenden Wachstumsschmerzen in Form von Wohnraumknappheit und entsprechenden Mietpreissteigerungen führt, während auf der anderen Seite vielen Kommunen Oberfrankens und Unterfrankens massive Einwohnerverluste bevorstehen. Es gilt daher die Frage zu beantworten, was wir tun können, damit die Menschen eben nicht abwandern oder nach der Ausbildung in ihre Heimat, in ihre Regionen zurückkehren.

Bei der Verkehrspolitik lässt sich sehr gut beobachten und zeigen, dass die klassische Strukturpolitik in Teilen ins Leere läuft. Neue Straßen beschleunigen nicht nur den Klimawandel, sondern führen auch dazu, dass die Kaufkraft und auch die gut ausgebildeten Arbeitskräfte zum Teil noch schneller abfließen können. Zudem erhöhen neue Straßen nur die Mobilität von denjenigen, die auch über ein Auto verfügen. Ich persönlich bin im Bayerischen Wald geboren und aufgewachsen und weiß aus eigener Erfahrung sehr gut, wie mobilitätseingeschränkt diejenigen Teile der Bevölkerung sind, die nicht über ein eigenes Auto verfügen. Es gilt deswegen auch sicherzustellen, dass alle Menschen im ländlichen Raum entsprechend mobil sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Um ländliche Räume zu stärken, bedarf es natürlich der Vorhaltung entsprechender Infrastruktur. Aber für wichtiger als den zusätzlichen Straßenbau halten wir die Datenautobahn. Wir halten die flächendeckende Versorgung mit einem schnellen Internet für dringend geboten und für eine wichtige Zukunftsaufgabe. Während in den Städten fast 80 % der Haushalte über schnelles Internet verfügen, sind es auf dem Land gerade einmal 15 %.

Darüber hinaus gilt es in der Infrastrukturpolitik besonderes Augenmerk auf die weichen Standortfaktoren zu legen, also die Faktoren, die das Leben auf dem Land lebenswert machen. Es reicht nicht aus, für Arbeitsplätze zu sorgen, sondern es muss auch eine bestimmte Infrastruktur vorhanden sein. In diesem Zusammenhang sind folgende Fragen zu beantworten: Wie kann man auch auf dem Land das kulturelle Ange-

bot erhalten und weiterentwickeln? Wie kann man dafür sorgen, dass Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen flächendeckend vorhanden sind? Wenn Grundschulen schließen und die Kinder schon ab der 1. Klasse immer weitere Distanzen zur Schule zurücklegen müssen, geht die Attraktivität von Orten noch weiter zurück, was wiederum die Abwanderung beschleunigt.

Die Einrichtung einer Enquete-Kommission halten wir angesichts der Fülle der Aufgaben für ein gut geeignetes Mittel, um fraktionsübergreifend Handlungsempfehlungen und Strategien zu entwickeln, wie man dem Grundsatz der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen - dazu fordert uns die Verfassung auf - gerecht werden kann. Daher stimmen wir dem interfraktionellen Antrag gern zu. Ich freue mich auf die wichtige und spannende Aufgabe sowie auf die fraktionsübergreifende konstruktive Zusammenarbeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt auf Drucksache 17/2477 die unveränderte Annahme des Antrags. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. - Keine. Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Nach § 32 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag wird die Zahl der Mitglieder der Enquete-Kommission vom Landtag festgelegt. Die Zahl der Mitglieder des Landtags muss die Zahl der übrigen Kommissionsmitglieder übersteigen. Von den Fraktionen wurde vorgeschlagen, die Mitgliederzahl auf insgesamt 21 festzusetzen. Die Fraktionen haben sich außerdem darauf geeinigt, dass die Enquete-Kommission aus 13 Abgeordneten, für die jeweils eine Stellvertreterin bzw. ein Stellvertreter zu be-

nennen ist, und acht weiteren Mitgliedern bestehen soll. Im Einzelnen verweise ich hinsichtlich der vorgeschlagenen Persönlichkeiten auf die Drucksache 17/2372.

Ich gehe davon aus, dass wir über die Vorschläge gemeinsam abstimmen können. - Das ist der Fall. Wer mit der vorgeschlagenen Mitgliederzahl und der vorgesehenen Zusammensetzung der Enquete-Kommission sowie den benannten Persönlichkeiten einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Es ist einstimmig so beschlossen.

Gemäß § 33 der Geschäftsordnung bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden der Kommission. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören. Es wurden als Vorsitzender Herr Kollege Berthold Rüth und als dessen Stellvertreter Dr. Christoph Rabenstein vorgeschlagen.

Ich gehe wiederum davon aus, dass über beide Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden soll. – Das ist der Fall. Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist auch das einstimmig so beschlossen worden.

Tagesordnungspunkt 4 ist erledigt.